Die „offenen Vorwahlen“

Die Sozialisten suchen den Herausforderer von Nicolas Sarkozy

Gerd Niewerth*

» Zum ersten Mal wird der Präsidentschaftskandidat der sozialistischen Partei nicht mehr von Parteigremien, sondern in offenen Vorwahlen *(primaires ouvertes)* nominiert. Am 9. Oktober 2011 – bzw. bei der Stichwahl eine Woche später – entscheidet die französische Linke, wen sie ein halbes Jahr später ins Rennen um den Elysée schickt.

Primaires à gauche

Depuis l'arrestation spectaculaire de Dominique Strauss-Kahn le 14 mai dernier à New York, le parti socialiste a perdu son principal candidat pour les « primaires ouvertes », moins d'un an avant les élections présidentielles. Dorénavant, ce sont six personnalités du PS qui souhaitent affronter en 2012 le président sortant Nicolas Sarkozy dans la course à l'Elysée.

Deux candidats ont les faveurs des sondages dans le cadre de ces primaires ouvertes à l'américaine à tous ceux qui se réclament des idées de la gauche et pas seulement aux militants du parti socialiste: l'ancien premier secrétaire du parti, François Hollande, et son successeur à la tête du parti, Martine Aubry, fille de l'ancien président de la Commission européenne, Jacques Delors.

Réd.

Die Partei erhofft sich nun eine breite Dynamik, die das ganze Volk elektrisieren soll. Skeptiker befürchten hingegen, dass die Partei zerrissen und geschwächt aus diesem riskanten Experiment hervorgeht. Es ist schon eine kleine Ewigkeit her, dass die Sozialisten den Hausherrn im Elysée stellten. Die goldene Ära des François Mitterrand hatte vor genau dreißig Jahren mit einem von der Linken frenetisch gefeierten Wahlsieg über Valéry Giscard d'Estaing begonnen. Sieben Jahre später verteidigte der bisher einzige sozialistische Präsident der Fünften Republik sein Mandat, aber seit seinem Abtritt 1995 scheinen die Pforten des Palastes für die Kandidaten des *parti socialiste* (PS) wie vernagelt zu sein.

Mit Dominique Strauss-Kahn (DSK), dem charismatischen früheren Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), wähnten sich die Sozialisten nach schmerzhaften Niederlagen endlich wieder auf der Siegerstraße. Der „König der Umfragen“ war der große Hoffnungsträger der Partei für 2012 – und angesichts der anhaltend miserablen Sympathiewerte für Amtsinhaber Nicolas Sarkozy der große Favorit. Doch dann kam der verhängnisvolle 14. Mai 2011, der Tag, an dem DSK in New York in Handschellen gelegt wurde: wegen des dringenden Verdachts, ein Zimmermädchen im Hotel vergewaltigt zu haben. DSK, der zwar seine Unschuld beteuerte, aber schon während der Untersuchungshaft den Chefposten beim IWF räumte, schien für immer erledigt zu sein. Doch schon Anfang Juli, also nur sechs Wochen später, erlebte der spektakuläre Fall eine sensationelle Kehrtwende, weil sich das mutmaßliche Opfer jetzt auf einmal als offenbar dreiste Lügnerin erwies. Je dramatischer die Anklagevorwürfe gegen DSK jenseits des Atlantiks zusammenschrumpften, desto fieberhafter spekulierte man in Paris über ein atemberaubendes Comeback des gestrauchelten Polit-Stars. Wie ein

* Gerd Niewerth ist Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) in Paris.

Phönix aus der Asche, triumphierten seine treuesten Parteifreunde, sollte der gefallene Politiker wieder in die Präsidentschaftswahl eingreifen. Doch das Verfahren in New York erweist sich als komplizierter und langwieriger, als die DSK-Sympathisanten zunächst angenommen hatten.

Sechs Kandidaten

Bis zum Stichtag 13. Juli, an dem die Bewerbungsfrist für die Vorwahlen offiziell endete, meldeten sechs Kandidaten ihren Anspruch an: Parteichefin Martine Aubry, ihr Vorgänger François Hollande, die Präsidentschaftskandidatin von 2007, Ségolène Royal, sowie die drei Außenseiter Arnaud Montebourg, Manuel Valls und der parteilose Jean-Michel Baylet. Zwar hatten sich etliche PS-Granden für eine großzügige Sonderregelung stark gemacht, nach der DSK bei einer fallengelassenen Anklage nachträglich doch noch ins Rennen einsteigen sollte. Doch offenbar hat der große Hoffnungsträger der Partei selbst das Interesse an einer Kandidatur verloren – wohl auch, weil jetzt die Justiz in Paris Ermittlungen gegen ihn aufgenommen hat. Die Schriftstellerin Tristan Banon hatte Anzeige gegen den prominenten Sozialisten erstattet. Er soll 2003 versucht haben, sie vergewaltigt zu haben. Pikant an dieser Affäre: Banons Mutter, die sozialistische Politikerin Anne Mansouret, die ihre Tochter von einer Anzeige abriet, soll nach einem Bericht des Magazins *L'Express* im Jahr 2000 selbst eine Affäre mit Strauss-Kahn gehabt haben.

Die New Yorker Sex-Affäre um DSK hat die Vorzeichen der *primaires* völlig verändert. Vor dem 14. Mai wären sie mit dem haushohen Favoriten Strauss-Kahn nichts anderes gewesen als eine fast schon überflüssige Prozedur, die der feierlichen Bestätigung seiner Spitzenkandidatur gedient hätte. Doch ohne die Beteiligung Strauss-Kahns stehen die Zeichen bei den Vorwahlen jetzt hingegen eher wieder auf Konfrontation. Deshalb warnt Ex-Premier Laurent Fabius in der Zeitung *Le Monde* eindringlich vor einem gefährlichen Imageverlust: *„Wenn die Franzosen sehen, wie sich die Sozialisten spalten, ist der Effekt der Vorwahlen vollkommen negativ.“* Tatsächlich werden die Sozialisten 2012 nur dann erfolgreich sein, wenn sie die gravierenden Fehler aus dem vermurksten Wahlkampf 2007 vermeiden. Anstatt sich nach den Vorwahlen hinter der Siegerin Ségolène Royal zu scharen, legten eifersüchtige Partei-Häuptlinge der eigenen Präsidentschaftskandidatin damals dicke Steine in den Weg. Diese wiederum unterließ es, ihre Hand in Richtung der damals unterlegenen Strauss-Kahn und Fabius auszustrecken. Die traumatischen Folgen dieses Zerwürfnisses sind bekannt, Nicolas Sarkozy wurde Präsident.

Geht es nach dem Willen der Parteireformer, sollen die *„Primaires ouvertes“* nun breite Wählerschichten jenseits der 160 000 eingeschriebenen PS-Mitglieder mobilisieren und so ein *„neues demokratisches Zeitalter“* einläuten. Das Drehbuch sieht einen Jubelparteitag vor, auf dem der Sieger der Vorwahlen feierlich als Präsidentschaftskandidat der gesamten Partei gekürt wird. Doch viele Fragen bleiben offen: Wie viele Wähler werden sich tatsächlich an den offenen Vorwahlen beteiligen? Und: Wie will die Partei, wie wollen die Kandidaten ihre jeweilige aufwändige Kampagne finanzieren? Unterdessen meldet der politische Gegner schwerwiegende datenschutzrechtliche Bedenken an. Die Präsidentenpartei UMP wirft den Sozialisten vor, unzulässigerweise die Daten derer zu speichern, die an den Vorwahlen teilnehmen. Die Statuten sehen vor, dass sich alle Franzosen, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind, an den Vorwahlen beteiligen können. Deshalb sei eine gesonderte Einschreibung nicht notwendig. Es reiche, im Wahllokal eine Erklärung zu unter-

schreiben, dass man die Werte der Linken teilt. Außerdem soll jeder Wähler einen Euro als symbolische Kostenbeteiligung geben. Nun verspricht zwar der Rechtsanwalt Jean-Pierre Mignard, der an die Spitze einer Schiedskommission gewählt wurde, dass sämtliche Daten nach den Vorwahlen umgehend gelöscht werden. Trotzdem haben Städte und Gemeinden, die von der konservativen Präsidentenpartei UMP regiert werden, patzig angekündigt, den Sozialisten für die Vorwahlen keine öffentlichen Gebäude zur Verfügung stellen zu wollen.

Martine Aubry oder François Hollande?

Folgt man den verschiedenen Meinungsumfragen, münden die Vorwahlen in ein Duell zwischen Parteichefin Martine Aubry (60) und ihrem Vorgänger François Hollande (56). Ségolène Royal (57) rangiert danach ziemlich abgeschlagen auf Platz drei. Die Präsidentin der Region Poitou-Charente hat sich nach der hauchdünnen Niederlage bei der skandalösen Abstimmung um den Parteivorsitz in Reims 2008 lange Zeit ganz aus der Partei zurückgezogen. Nach wie vor geschätzt in der Bevölkerung fehlt ihr im eigenen Hause also der nötige Stallgeruch. Davon besitzen Aubry und Hollande reichlich. Die Bürgermeisterin von Lille, Tochter des früheren charismatischen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, verspricht binnen fünf Jahren 300 000 neue Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen und die von Sarkozy kürzlich abgeschaffte Rente mit 60 wieder einzuführen. Ihre Vorzüge: Als Ministerin im Kabinett Jospin verfügt sie über ausreichend Regierungserfahrung. Außerdem hat sie es in den letzten drei Jahren verstanden, Brücken zu den Grünen und den anderen Linksparteien zu schlagen. Dass die Sozialisten nach dem Flop bei der Europawahl 2009 sehr erfolgreich aus den Regional- und Kantonalwahlen hervorgingen, darf sie ebenfalls auf der Habenseite verbuchen. Ihre große Schwäche: Nach dem unerwarteten Abtritt von DSK erscheint sie oft nur als blasse Verlegenheitslösung, ja sogar als antriebsschwache Politikerin, die in Wirklichkeit gar nicht nach der Macht im Staate strebt. Bezeichnend für diese erschreckende Passivität: Anstatt in drängenden aktuellen Fragen öffentlich Schlagfertigkeit zu beweisen, geht sie viel zu oft auf „Tauchstation".

Während Martine Aubry erst kurz vor Ende der Bewerbungsfrist ihren Hut in den Ring warf, tourt François Hollande schon seit Monaten durch die Republik. Eine Methode, die aufgeht: 57 % der Franzosen bescheinigen dem Abgeordneten aus der Corrèze, die Statur eines Staatspräsidenten zu haben; damit liegt er 20 Punkte vor Martine Aubry. Er gilt als sympathisch und bodenständig, kennt die Partei aus dem Effeff und pflegt exzellente Beziehungen zu Bürgermeistern, Abgeordneten und Journalisten. Seit der Trennung von seiner Lebensgefährtin Ségolène Royal, mit der er vier Kinder hat, lebt er mit einer elf Jahre jüngeren Journalistin zusammen. Seitdem hat er auch sein Äußeres spürbar aufpoliert. Er wirkt jünger, schlanker und energischer. Sein großes Manko: Er hat noch nie ein Ministeramt bekleidet. Außerdem werfen ihm die Reformer vor, die Partei in seiner elfjährigen Amtszeit als Generalsekretär nicht modernisiert zu haben.

Im Elysée-Palast hat man die durch die DSK-Affäre ausgelösten Turbulenzen in der Sozialistischen Partei lange demonstrativ mit genüsslichem Schweigen quittiert. Zu Schadenfreunde bestand trotz des jähen Absturzes des Favoriten Strauss-Kahn zunächst jedoch gar kein Anlass. Denn Umfragen im Juni bescheinigten Nicolas Sarkozy noch immer eine dramatisch niedrige Beliebtheit beim Volk. Erst Mitte Juli gab es den ersten messbaren Erfolg. In einer CSA-Umfrage rangiert Nicolas Sarkozy mit 27 % Zustimmung im ersten Wahlgang erstmals vor Martine Aubry (25 %) und gleichauf mit François Hollande. Geht das Kalkül seiner Berater auf, dürfte der Präsident in den nächsten Monaten sogar noch weiter an Beliebtheit gewinnen. Es wäre ein Stimmungswandel, der nicht nur politische, sondern auch private Ursachen hat. Schließlich erwarten der Präsident und seine Ehefrau, das Ex-Mannequin Carla Bruni-Sarkozy, Anfang November ihr erstes gemeinsames Kind. Bilder auf Titelseiten von Zeitungen und Illustrierten zeigen bereits Nicolas Sarkozy in einer vorteilhaften Doppelrolle: als fürsorglichen Gatten und zugleich als Präsidenten, der sich, das Diensthandy in der Hand und Akten unterm Arm, unentwegt um das Wohl der Nation kümmert.